HANS-JÜRGEN FRIESS:
Castro und kein Ende. Zur politischen Stabilität auf Kuba

Potsdam 2009

Universitätsverlag Potsdam, 279 S.

Seit der Gründung des sozialistischen Staates 1961 hält Kuba unbeirrt an seinem politischen System fest. Der karibische Inselstaat überlebte die Stürme der Zeit, wie die Invasion in der Schweinebucht, die Kuba-Krise, das US-Embargo und schließlich den Niedergang des sozialistischen Ostblocks. Selbst als Fidel Castro seine Ämter aufgrund einer schweren Erkrankung im Sommer 2006 an seinen Bruder Raúl Castro übergab, kam es zu keiner politischen Veränderung. Zahlreiche internationale Beobachter und Mitglieder der kubanischen Opposition gingen zuvor davon aus, dass nur Fidel Castro das herrschende System zusammenhalten könne. Sie irrten sich, und Kuba hält bis heute am Sozialismus fest. Wie ist diese politische Stabilität zu erklären? Dieser übergeordneten Frage widmet sich Hans-Jürgen Frieß am Augsburger Institut für Lateinamerika-Studien in seiner Dissertation. Systematisch behandelt der Autor hierzu drei Fragen:

- Welche Ressourcen und Stabilisierungsmechanismen hatte das Regime entwickelt, mithilfe derer es auf Krisen reagieren konnte?
- Welche Herausforderungen entstanden durch den Niedergang des sozialistischen Ostblocks?
- Wie hat das Castro-Regime systemstabilisierend reagiert?

Nachdem der Leser durch die Einleitung mit dem Thema und der Problemstellung vertraut gemacht wird, wenden sich die nächsten drei Kapitel sukzessiv den Fragen zu. Das fünfte Kapitel rundet die Publikation mit einer kritischen Reflexion der Situation Kubas und einer Synthese zur politischen Stabilität ab.

Im historischen Abriss des zweiten Kapitels wird der Leser durch die Geschichte des sozialistischen Kuba bis 1990 geführt. Das Hauptaugenmerk richtet sich auf die Entstehungsgeschichte des Castro-Regimes sowie seine politische und wirtschaftliche Entwicklung. Bereits hier kristallisieren sich drei Thesen zur Stabilität Kubas heraus. Demnach waren (i) die Herausforderungen für das Regime nicht hinreichend, um einen Systemwechsel herbeizuführen. Als Beispiel

wird unter anderem das US-Embargo angeführt, dessen unterschiedliche Wandlungen und Intensitäten dargestellt werden. So hätte Fidel Castro das US-Embargo immer wieder zu seinem Vorteil genutzt, indem er z. B. Entwicklungsdefizite damit begründete. Des Weiteren existierte zu jedem Zeitpunkt eine (ii) Basislegitimität des politischen Systems, die sich aus dem Charisma von Fidel Castro, dem Nationalismus und bestimmten Entwicklungserfolgen nährte. Auch hier wird neben anderen Beispielen die Rolle des US-Embargos aufgeführt. Denn hierdurch konnte ein Szenario der ständigen Bedrohung aufgebaut werden, wodurch die Notwendigkeit des nationalen Zusammenhalts betont wurde. Interessant ist auch die Herausarbeitung der Rolle Fidel Castros, die an Max Webers Idealtypus eines charismatischen Herrschers angelehnt wird. Zu guter Letzt wird (iii) die umfassende Kontrolle der Gesellschaft als stabilisierender Faktor identifiziert und werden die unterschiedlichen Repressionen und Überwachungen analysiert.

Einen »Masterplan« zur systematischen Entwicklung des Landes vermag der Autor nicht zu erkennen. Vielmehr werden Beispiele aufgeführt, wie Castros Pragmatismus und Anti-Konstitutionalismus gepaart mit seinem unorthodoxen und eigenwilligen Führungsstil die eigentliche Konstante zu sein schien, die stets neue politische und wirtschaftliche Maßnahmen hervorbrachte. Der »Kurs der Kurswechsel«, wie ihn Dieter Nohlen und Karin Stahl in ihrem gleichnamigen Aufsatz beschreiben, wird von dem Autor als eine Form der Adaptionsstrategie und -fähigkeit gedeutet.

Die Pseudo-Partizipation in den Massenorganisationen, das restriktive Ausreiserecht der Bürger, die Inhaftierung oder der Landesverweis von politischen Gegnern, die Indoktrinierung und Bespitzelung der Gesellschaft und der ganze Sicherheitsapparat mögen an das DDR-Regime erinnern. Ob nun der Sicherheitsapparat oder die Legitimierungsquellen eher zur Stabilisierung des Regimes beigetragen haben, bleibt in der Analyse jedoch offen. Vielleicht ist diese Frage auch nicht beantwortbar, aber eine Auseinandersetzung und Positionierung wäre wünschenswert.

Ohne Zweifel stand das Castro-Regime durch den Niedergang des sozialistischen Ostblocks vor einer völlig neuen Herausforderung. Wurden bereits im historischen Abriss einige Herausforderungen analysiert, wird im dritten Kapitel deutlich, wie die neue Weltordnung mit dem plötzlichen Wegfall der militärischen, wirtschaftlichen und finanziellen Hilfen einherging und Kuba in eine schwere Wirtschaftskrise nach 1990 stürzte. Die wirtschaftlich vehementen Folgen werden anschaulich von der Makro- bis zur Mikroebene geschildert und jeweils mit den politischen Folgen in Verbindung gebracht. Auch wenn die Makroperspektive bei der Betrachtung dominiert, werden zur Anschaulichkeit reale Alltagssituationen beschrieben. Dadurch wird der ansonsten nüchterne und sachliche Blick aufgefrischt und für den Leser werden die unmittelbaren Folgen für die Kubaner nachvollziehbar gemacht.

Kuba stand Anfang der 1990er Jahre mit dem Rücken zur Wand. Lebenswichtige politische und wirtschaftliche Partnerschaften fielen praktisch weg, zudem holten die USA zum »Todesstoß« aus und verschärften ihr Embargo. Das BIP pro Kopf halbierte sich fast, Nahrungsmittelengpässe führten sogar teilweise zu Hunger, und medizinische Behandlungsmöglichkeiten wurden durch Versorgungsengpässe reduziert. Als Folge macht der Autor eine zunehmende Unzufriedenheit anhand der gestiegenen Selbstmordraten und psychischen Störungen sowie an der erhöhten Fluchtbereitschaft fest. Die Lage spitzte sich zu, und der Dampfkessel drohte zu explodieren. Als Höhepunkt werden die gewaltsamen Unruhen im Sommer 1994 gesehen. Waren zuvor gewisse wirtschaftliche und soziale Erfolge ein wichtiger Baustein für die Legitimierung des Castro-Regimes, geriet nun die politische Elite in Rechtfertigungsnot.

Im vierten Kapitel zeigt der Autor, warum dennoch die neuen Herausforderungen zu keinem Systemwechsel geführt haben. Auf der einen Seite reagierte die Regierung auf die Wirtschaftskrise mal mit zentralistischen, mal mit liberalen Reformen. Auf der anderen Seite wurden der politischen Bedrohung eine Mischung aus Legitimierungsversuchen, Liberalisierung und Repressionen entgegengesetzt. Diese undurchsichtige Gemengelage wird analytisch geordnet, und dem Leser wird das System der scheinbar widersprüchlichen Strategien vor Augen geführt. Fanden die vom Autor aufgestellten Thesen zur Stabilität bereits im historischen Abriss ihre Bestätigung, wird in dem umfangreichsten Kapitel der Publikation aufgezeigt, dass sie auch nach 1990 noch ihre Gültigkeit besitzen.

Während die Sowjetunion unter dem Zeichen von Glasnost und Perestroika stand, steuerte Kuba zunächst mit seiner Rectificación in die entgegengesetzte Richtung und leitete eine Rezentralisierung der Wirtschaft ein. Der Niedergang des Ostblocks und die damit einhergehende Wirtschaftskrise führte aber schließlich zu einem erneuten Strategiewechsel. Zunächst machte Fidel Castros neue Parole »Sozialismus oder Tod« deutlich, dass die sozialistischen Prinzipien nicht zur Diskussion standen. Jedoch führte sein Sinn für Pragmatismus auch zu marktorientierten Reformen, welche am Beispiel des Tourismus und der Biotechnologie illustriert werden. Des Weiteren werden die Legalisierung des Besitzes und der freien Zirkulation harter Devisen sowie die Wiederzulassung freiberuflicher Tätigkeiten dieser marktwirtschaftlichen Orientierung zugeordnet. Aber auch wenn die Zeit zwischen 1990 bis 1996 stärker als jede andere Phase von marktwirtschaftlichen Elementen und Mechanismen geprägt wurde, so macht die Publikation dennoch deutlich, dass Kuba im Kern sozialistisch blieb und das Ruder fest in den Händen der politischen Elite verblieb.

Für den Autor bestand die Taktik des Regimes darin, durch die Öffnung der Wirtschaftskrise entgegenzuwirken, um letzten Endes die Gefahr eines Aufstandes zu verhindern. Dass es sich in der Tat nur um eine pragmatische Anpassungsstrategie und nicht um einen Ideologiewechsel handelte, wurde deutlich, als sich die wirtschaftliche Situation ab 1996 wieder etwas besserte. Die wirtschaftlichen

und politischen Reformen wurden in der Folge wieder gestoppt. Somit rückten die staatliche Kontrolle und die ideologische Festigung des Systems wieder in den strategischen Mittelpunkt.

Die wirtschaftlichen Folgen der veränderten Entwicklungsbedingungen nach dem Niedergang der Ostblockländer wurden also weitgehend überwunden, auch wenn der Autor betont, dass Kuba nach wie vor zahlreiche Entwicklungsprobleme aufweist. Auf den Säulen der Basislegitimierung und Kontrolle konnte nun 2006 der Machtwechsel stabil vollzogen werden.

Nicht immer hält sich der Autor an die gesetzte Gliederung, wodurch einzelne thematische Überlappungen zwischen den Kapiteln irritieren können und einzelne Absätze nicht klar der Überschrift folgen. Gleichwohl wird dadurch auch die Verquickung der komplexen wirtschaftlichen und politischen Prozesse deutlich.

Beim Lesen des Buches bekommt man den Eindruck, als hätte Fidel Castro mit einem großen Werkzeugkoffer das sozialistische Haus ständig vor dem Zerfall bewahrt. Je nach Situation und Erfordernissen griff er kreativ auf unterschiedliche Werkzeuge und Baumaßnahmen zurück. Vielleicht sind weniger sein Charisma, gewisse Entwicklungserfolge und der Nationalismus, sondern gerade dieser südländische Pragmatismus das Erfolgsgeheimnis.

In der Publikation werden diese Wechsel- und Adaptionsprozesse wissenschaftlich analysiert. Hierbei kommen dem Autor auch seine zahlreichen Forschungsreisen nach Kuba und seine Beziehungen zugute. Der Leser merkt schnell, dass der Autor Kuba nicht nur aus Büchern kennt. Ein insgesamt empfehlenswertes Buch, welches sich auch durch eine verständliche Sprache auszeichnet.

Peter Böxkes,
Berlin

RUCHI ANAND:
Self-Defense in International Relations

Basingstoke 2009

Palgrave Macmillan, 191 S.

Beschleunigt durch das Ende des Ost-West-Konflikts und die Globalisierung bringen Politikwissenschaftler dem Völkerrecht und der wissenschaftlichen Beschäftigung mit seinen Inhalten, Formen und Prozessen insbesondere im Kontext der Global-Governance-Forschung mehr und mehr Interesse entgegen. Genauer: In der Disziplin der Internationalen Beziehungen wird unter Rekurs auf die realhistorischen Entwicklungen der vergangenen Jahre und Jahrzehnte (wieder) zunehmend über das Verhältnis von Macht bzw. Politik und Recht nachgedacht. Eine Entwicklung, die aus guten Gründen als Antwort der »scientific

community« auf Dynamiken gedeutet werden kann, die außerhalb des Wissenschaftsbetriebes liegen. Zu konstatieren ist jedenfalls ein empirischer Trend zu einer »zunehmende(n) Verrechtlichung der internationalen Politik«, wonach das »Verhalten von Staaten, Unternehmen und Individuen rechtlichen Normen unterworfen wird, die jenseits der Nationalstaaten formuliert werden und die gegenüber diesen Geltung beanspruchen« (Edgar Grande). Bei der durch den Prozess der Globalisierung entstandenen internationalen Sphäre handelt es sich also keineswegs um einen rechtsfreien Raum. Ebenso richtig ist allerdings, dass im Zuge dieser Entwicklung – mit partieller Ausnahme der Europäischen Union – (bislang) kein Leviathan jenseits der Staatenwelt entstanden ist. Mangels einer den einzelstaatlichen Souveränen übergeordneten und mit Sanktionsmitteln versehenen Zwangsgewalt befindet sich die Staatenwelt demnach auch weiterhin im Zustand internationaler Anarchie. Anders gewendet: Die Beschäftigung mit der zunehmenden Rolle des Völkerrechts sollte nicht dazu verleiten, »Macht im realistischen (…) Sinne als Akteursmacht von Staaten zu ignorieren« (Martin List und Bernhard Zangl).

Nun dürfte sich kaum ein Ereignis der jüngeren Geschichte besser zur Illustration der anhaltenden Relevanz machtpolitischer Stärke in diesem Sinne eignen als der anlässlich des Irak-Krieges im Jahre 2003 konkretisierte Anspruch der USA unter ihrem Präsidenten George W. Bush, das Recht zur präventiven bzw. präemptiven Gewaltanwendung zu besitzen. Mithin lieferte der Krieg den letzten Anstoß für eine breite Debatte über die Rechtsgrundlagen der Gewaltanwendung angesichts der namentlich durch den internationalen Terrorismus veränderten sicherheitspolitischen Lage in der Welt. Einerseits wird in diesem Kontext die Auffassung vertreten, dass die neuen sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen Kriege wie den im Irak rechtfertigen würden. Kritiker argumentieren hingegen, dass mit dem bekanntlich ohne Mandat der Vereinten Nationen geführten Krieg die Autorität der Weltorganisation geschwächt und das gültige Völkerrecht in eklatanter Art und Weise verletzt worden sei. Anders gewendet: Der unter Hinweis auf das Selbstverteidigungsrecht erfolgten Intervention der USA im Irak, der, wie wir inzwischen wissen, fabrizierte Beweise und (absichtsvolle) Fehleinschätzungen zu Grunde lagen, hat der in der Formel »Frieden durch Recht« gefassten kantianischen Idee, dass die Politik dem Recht folgen müsse, fürs Erste Schaden zugefügt.

Exakt in diese Diskussion fügt sich die hier besprochene Studie über »Self-Defense in International Relations« von Ruchi Anand ein. Anand, die u. a. in Neu-Delhi »International Relations« und »International Law« studiert hat und aktuell als »Associate Professor« an der American Graduate School of International Relations and Diplomacy in Paris arbeitet, macht dabei das neorealistische Paradigma zum Ausgangspunkt ihrer Analyse. Nach Überzeugung der Autorin hat der US-geführte Krieg gegen den Irak gleichsam die Büchse der Pandora geöffnet, »full of questions about the possibilities and limitations of the use of anti-

cipatory self-defense, the future of the United Nations and the role of the United States in a post-cold war international order« (S. 2). Der Band, der sich auf der Schnittfläche der Lehre von den Internationalen Beziehungen und der Völkerrechtslehre bewegt und sich (nicht nur) an Studierende beider Disziplinen richtet, gliedert sich dabei wie folgt: Im ersten Kapitel wird die Relevanz der Untersuchung begründet und das Erkenntnisziel formuliert: »(…) the goal of this book is not to debate which theory is the best in understanding the war on Iraq 2003. Rather, it is to analyze the relationship of power in international relations and law with an assessment of self-defense in international law« (S. 11). In Kapitel 2 diskutiert die Autorin unter der Überschrift »International Relations Theory Meets International Law« die drei Konzepte, welche den theoretischen, neorealistischen Hintergrund der Untersuchung bilden: »1) Anarchy implying a lack of leadership, an absence of hierarchy, a lack of formal institutions of governance at the international level and the lack of a legitimate government; 2) Unipolarity, which we witness today with the US being the most dominant state actor in international relations (…); and 3) The decentralized nature of international law implying that although there are rules that govern all aspects of international law, there are no ›teeth‹ to enforce the rules«. (S. 11 f.) Dem folgen in stärker völkerrechtlich angelegten Kapiteln Übersichten zum Gewaltverbot im Völkerrecht sowie den diesbezüglichen Ausnahmen einschließlich des Rechts auf Selbstverteidigung. In Kapitel 5 (»The Use of Force in Afghanistan and Iraq«) überprüft Anand daraufhin die Legalität der US-Feldzüge gegen Afghanistan und den Irak, wobei sie sich in ihrer Analyse von den Kriterien der Notwendigkeit, der Unmittelbarkeit bzw. Direktheit und der Verhältnismäßigkeit anleiten lässt. Im abschließenden sechsten Kapitel (»Conclusion«) ist es der Autorin dann um eine zusammenfassende Einschätzung der Implikationen internationaler Anarchie, Unipolarität und der Natur des Völkerrechts für die Zukunft der internationalen Beziehungen, des internationalen Rechts sowie der Weltordnung zu tun. Das Buch endet mit in Frageform gekleideten Diskussionsanregungen zum Gegenstand des Bandes sowie letztlich einem Anhang mit wesentlichen Dokumenten zur Thematik.

Um es vorwegzunehmen: Der Band kann als aktuelle Diskussionsübersicht zum Recht auf Selbstverteidigung einer an den Theorien der Internationalen Beziehungen interessierten Leserschaft, die sich von der Komplexität der Materie nicht abschrecken lässt, empfohlen werden. Jedenfalls gelingt der Autorin weithin ihr fraglos ambitioniertes Unterfangen, eine ebenso theoretisch informierte wie völkerrechtlich zuverlässige Darstellung des Rechts auf Selbstverteidigung in den internationalen Beziehungen einschließlich der inhärenten Missbrauchsproblematik vorzulegen.

Im Hinblick auf die oben umrissene Diskussion bezieht Anand dabei eindeutig Position. Ihr zufolge handelt es sich bei dem Verweis der USA auf ihr Selbstverteidigungsrecht im Falle des Irak-Krieges um eine »arrogant and reckless (mis) interpretation of international law in order to to justify illegal maneuvers in inter-

national politics« (S. 2). Insbesondere hält die Autorin das Beispiel, das die USA gegeben hätten, für friedensgefährdend: »US measures of self-defense have set a dangerous precedent for other countries contemplating self-defense to resolve and expedite disputes that they are involved in. Other countries could use the US model of self-defense to justify acts of aggression against their regional opponents. (…). In a Presidential news conference, President Bush said, ›When it comes to our security … We really don't need anybody's permission.‹ What if every other country followed the same dictum? It would be the perfect formula for the scourge of another world war« (S. 99 f).

So stützt sich die Autorin zwar auf den theoretischen Rahmen des Neorealismus als Analyse-Instrument, kritisiert jedoch zugleich die daraus gefolgerte Realpolitik; eine argumentative Inkonsistenz, die sich auch an anderer Stelle im Buch findet. In ihrer Kritik an der »Realpolitik« der USA unter George W. Bush folgt die Autorin jedenfalls implizit konstruktivistischen Argumenten. Zumindest operiert sie mit dem Argument, dass Ideen, Normen und Identitäten nicht unberücksichtigt bleiben dürften: »Adressing threats unilaterally, even if it is by the superpower, is not the most ›rational‹ policy considering that public opinion matters, what other states think matters and what the superpower does lays down trends for the future« (S. 106).

Gegenüber der nicht zuletzt an die Rhetorik von Bushs Amtsnachfolger geknüpften Hoffnung, dass sich die Politik der USA nunmehr (immer) den Normen, für den hier behandelten Gegenstand also dem Völkerrecht, unterordnen werde, meldet Anan hingegen wiederum in durchaus realistischer Manier vorsichtige Zweifel an: »The primordial question of an international anarchial system remains the same: does law follow politics, or politics follow law. Presumably, the former« (S. 111).

Wer sich vom Trend zur Verrechtlichung internationaler Beziehungen eine Relativierung machtpolitischer Stärke bei der Entstehung, Anwendung, Auslegung und Durchsetzung von Völkerrecht, oder sogar eine Umkehrung des Verhältnisses von Macht bzw. Politik und Recht erwartet bzw. erhofft, den dürfte dieses Resümee zumindest ernüchtern.

Bernhard Rinke,
Universität Osnabrück

ROBERT NALBANDOV:
Foreign Interventions in Ethnic Conflicts

Farnham 2009

Ashgate Publishing, 206 p.

What makes some foreign interventions in ethnic conflicts more successful than others? This is the question Robert Nalbandov raises, analyzing the success and the failure of foreign interventions in intra-state ethnic conflicts, not using the traditional approach of determining whether the outcome was the establishment of durable peace in a target country, but rather on the basis of the real fulfillment of unique third party goals and objectives, thereby creating a new goal-oriented approach. Nalbandov argues that our history and development are conducted – and thus our contemporary world order is shaped – in the form of a constant struggle for existence, power and resources in inter- and intra-state conflicts. This pessimistic background on which Nalbandov's work draws places his research within a realistic tradition.

After providing a broad and detailed context of theories on third-party interventions – which is also a good overview of the recent research in the field of international security and conflict resolution – Nalbandov presents a technical and detailed quantitative analysis of foreign interventions in ethnic conflicts since World War II. In an attempt to define the causal factors that contribute to or impede the success of interventions, Nalbandov extends this rather theoretical background through four informative and interesting case studies before reaching his conclusion.

Nalbandov contends that the end of the Cold War and the simultaneous dissolution of a relatively stable and clearly situated world structure resulted, on the one hand, in a new era of democratization within the international system, but also encouraged the proliferation of severe ethnic clashes both within and between state territories. Although such conflicts existed before and during the Cold War, Nalbandov argues that these divisions remained relatively clearly arranged and tightly controlled within the context of the two ideological superpowers. Globalization and the emerging multi-polar international system meant that wars between states became more and more costly and less likely to reveal a clear winner – as we can see in Iraq and Afghanistan. As a result, intra-state conflicts have emerged as the more dominant form of conflict, or at least have gained greater international attention.

According to Nalbandov, »Ethnicity and nationalism became (again) key distinguishing features of groups representing country populations« in a more globalized world without a stable order. While this may be true, it is not necessarily a new or recent development. Ethnicity and nationalism have been key driving forces in conflicts during the past century, and were also a dominant influence in several hegemonic or ideological conflicts. Nowadays, such ethnic conflicts, espe-

cially in Africa and the Caucasus, are reemerging in the context of the new multipolar global paradigm to reveal the fragile heritage of those nations' colonial past. Nalbandov's in-depth studies of the interventions in Chad, Georgia, Somalia and Rwanda are cited as examples of this phenomenon. He uses these cases to show how the ethnic security dilemma and the problem of credible commitment illustrate his theories on international security.

Nalbandov explains that intra-state conflicts have severe consequences, not just for the individual nations involved, but often also for the whole geographic region, due to the extremes of instability and violence involved in such conflicts. As a result, uninvolved third-party states are often compelled to intervene (unilaterally or multilaterally) due to specific interests or concerns not directly associated with the intra-state conflict itself. These choices can be either rational and based on positive cost-and-benefit calculation, or simply based on moral commitments. In either case, »Third party interventions can mitigate or aggravate intrastate security due to support of either belligerent or due to neutrality, bound to a common good of a larger regional and or international community of states.«

Nalbandov maintains that the reasons for foreign interventions are broad and complex, ranging from idealistic considerations (such as seeking stabilization, prevention of genocide and providing aid) to Realpolitik. This often means that intervening states support a preferred group or secure a certain sphere of influence rather than pursue a more even-handed approach. So far, this is not necessarily new, but Nalbandov explains that the analysis of the specific motives and interests that a third-party pursues is most important for establishing the measure of success for a given intervention.

Nalbandov criticizes approaches that base the success or failure of interventions on the duration of post-conflict peace (Doyle and Sambanis use two years, Regan at least six months). He says that the real intentions of actors and interveners are not taken into account by these peace-centric theories. According to Nalbandov, the motives of the actors involved in interventions are so diverse that success cannot truly be measured. Nalbandov criticizes the assumption that all interventions are peace-driven and peace-making is the aim of the parties involved. Thus, his goal-oriented approach to measuring success has several advantages, even though the question is often hard to answer: first, what interests and objectives is the third party pursuing and second, is it possible to transform these variables into a theory? The question of what makes some interventions more successful than others is therefore a highly technical one, which Nalbandov tries to operationalize.

Nalbandov's volume certainly represents a new and fresh approach to determining the success of interventions within the field of conflict resolution and international security. His extensive dataset of interventions and his detailed analysis of the conflict cases he lists are not necessarily comprehensive (and not meant as such), but they do add new input beyond the traditional peace-centered

domain of conflict resolution. Nalbandov provides a solid theoretical foundation for his analysis of foreign interventions in ethnic conflicts. He also provides a rough framework for measuring whether such unilateral and multilateral interventions have been successful or not. However, while Nalbandov's methods certainly provide an important and interesting alternative viewpoint, it seems doubtful that his conclusions are solid enough to serve as a guide to predicting the outcomes of such complex circumstances.

Alexander Boettcher,
Jena

MARC STEARS:
Demanding Democracy. American Radicals in Search of a New Politics

Princeton/NJ 2010

Princeton University Press, 256 S.

Marc Stears' spannendes, kluges und engagiertes Buch »Demanding Democracy« beschäftigt sich mit einem zentralen Problem jeder progressiv-emanzipatorischen Politik: der Umsetzung demokratischer Ideale in einer nicht-idealen Welt. Dabei geht es um das immer wieder neu auszutarierende Verhältnis von Gesellschaftsanalyse und politischen Zielvorstellungen sowie den Mitteln ihrer Durchsetzung. Radikale Demokraten sahen sich immer wieder mit einem Bündel von Fragen konfrontiert, deren Beantwortung nach wie vor eine wesentliche Herausforderung darstellt: Wie soll die ideale Demokratie aussehen? Wo und wie weicht die Gegenwart von diesem Ideal ab? Wie muss man agieren, um dem Ideal näher zu kommen? Stears identifiziert mit Blick auf die US-amerikanische Geschichte des 20. Jahrhunderts eine »radical tradition«, die sich aus dem »Progressive Movement« der Jahrhundertwende, den gewerkschaftlichen Kämpfen um industrielle Demokratie in der Zwischenkriegszeit, dem neuen Liberalismus der fünfziger, der Bürgerrechtsbewegung der sechziger sowie der Neuen Linken der siebziger Jahre zusammensetzt.

Das »Progressive Movement«, dem sich Marc Stears bereits früher in einer lesenswerten Studie (Progressives, Pluralists, and the Problems of the State. Ideologies of Reform in the United States and Britain, 1906–1926, Oxford University Press 2006) gewidmet hat, setzte mit einer Kritik der kaum zu durchdringenden oligarchischen Parteimaschinerie, der wenig transparenten lokalen Exekutivkörperschaften und der schwachen Rolle der Zentralregierung ein. Diese seien, so argumentierten wichtige Vertreter wie Herbert Croly, Walter Lippman oder Walter Weyl, für eine andere Zeit gemacht worden und gegenwärtigen Realitäten nicht mehr angemessen. Es bedürfe daher einer grundlegenden Reform – einer Demokratie für die urbanisierte und industrialisierte Gesellschaft des 20. Jahr-

hunderts. Nach dem Regionalismus und Klientelismus vergangener Tage sollte nun endlich das Zeitalter nationaler Politik beginnen, in dem alle Bürger in gemeinsamen Diskussionen und gemeinsamer Verantwortung, auf der Basis gemeinsamer Werte und am Gemeinwohl orientiert Lösungen für die drängenden nationalen Probleme formulieren. Zugleich mehrten sich Forderungen nach direkter Demokratie, das heißt nach Wegen, auf denen sich Themen direkt auf die politische Agenda setzen ließen. Unterschwellig blieb jedoch die Skepsis, dass mehr Beteiligung nicht nur ein Zusammengehörigkeitsgefühl schaffen, sondern auch zu größerer Uneinigkeit führen könnte. Zudem schien nicht sicher, dass der Einzelne willens und fähig war, verantwortlich von den neuen demokratischen Möglichkeiten Gebrauch zu machen. An dieser Stelle zeigt sich das von Stears immer wieder herausgearbeitete Grundproblem jeder radikalen demokratischen Bewegung: Wie kann man bei den Bürgern zur Ausbildung derjenigen Verhaltensweisen beitragen, die sie für verantwortliches Handeln in und auf dem Weg zu einer idealen Demokratie benötigen?

Nach dem Ersten Weltkrieg setzte ein neues Nachdenken ein, dass die bis dato bevorzugten politischen Instrumente der »Progressives« einer Revision unterzog und in dessen Folge es zur Neuformulierung weiter Teile der radikalen Tradition kam: »led by three giants of American political thought – Walter Lippman, Reinhold Niebuhr, and John Dewey« (S. 58). Der Krieg hatte zwar eine amerikanische Nation geformt, dies jedoch mittels Emotionalisierung und Propaganda, nicht auf dem Weg einer rationalen Artikulation des Gemeinwohls. Damit schien sich eine gegenüber der Vorkriegszeit neue Gefahr für die Demokratie abzuzeichnen, die nicht mehr in sozialer Fragmentierung, sondern in den homogenisierenden Zwängen einer nationalistischen und exkludierenden Politik lag. Es kamen Zweifel auf, ob es in einer hoch industrialisierten Gesellschaft überhaupt möglich und wünschenswert sei, ein einheitliches Gemeinwohl zu identifizieren. Vor diesem Hintergrund entstand in den USA die Theorie des Pluralismus. Wo man vor dem Krieg noch Stabilität und Ordnung im politischen Raum angestrebt hatte, da nahm man nun Konflikte und die Notwendigkeit politischer Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Gruppen und Interessen in den Blick. Um in politischen Auseinandersetzungen bestehen und die eigenen Ziele erfolgreich durchsetzen zu können, müsse jede Gruppe – auch die der progressiven, radikaldemokratischen Reformer – zu Mitteln politischer Mobilisierung greifen, die bisher suspekt waren: bewusst einseitige Kampagnen, aggressive Interessenpolitik und der Einsatz der Verhandlungsmacht einzelner Organisationen. Reformer suchten hier vor allem den Schulterschluss mit den um industrielle Demokratie kämpfenden Gewerkschaften und adaptierten einige Methoden des kämpferisch-militanten Aktivismus jener Tage.

Nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zu einer neuerlichen Revision der Methoden und Ziele der radikaldemokratischen Bewegung. Die neue Generation, zu der Daniel Bell, Robert Dahl, Irving Howe oder Arthur M. Schlesinger Jr. gehör-

ten, zeichnete sich durch ihren Skeptizismus aus – durch die Kritik an totalisierenden Politik- und Gesellschaftsentwürfen. Die Rechtfertigung dieser Perspektive ergab sich vor allem aus dem Kalten Krieg, das heißt der als notwendig erachteten Abgrenzung vom Totalitarismus. Gegenüber den früheren radikalen Demokraten, die von der politisch-sozialen Einheit oder der notwendigen Interessenpolitik her dachten, setzte man auf individuelle Freiheit, die es unter allen Umständen zu wahren gelte. Man setzte nicht mehr auf einen starken, planenden und kontrollierenden Staat als Mittel der Durchsetzung progressiver Ziele. Hier entstand die berühmte Idee einer tief in Geschichte und Tradition verwurzelten amerikanischen Weltanschauung, die als Garant von Offenheit, Toleranz, Kompromissfindung, Beratung und Verhandlung wirke.

Mit der Bürgerrechtsbewegung der sechziger Jahre, die Stears poetisch die »explosive Enklave« nennt, wurden gänzlich neue politische Instrumente in Stellung gebracht. Im Zentrum der Strategie der Bürgerrechtsbewegung stand – wohl auch aus Enttäuschung darüber, dass derartige Versuche bisher kaum gefruchtet hatten – nicht die Idee gemeinsamer Werte, an die man appellieren müsse, sondern ein neues Verständnis politischer Macht. Ungleichheit, so betonte man, war nicht Ergebnis einer mangelnden Verwirklichung existierender Werte, sondern deren faktische Nicht-Verwirklichung war Ergebnis der gesellschaftlichen und politischen Machtverteilung sowie des Wirkens machtvoller Interessen. Politische Aktionen sollten daher Machtverhältnisse sichtbar machen und letztendlich zum Einsturz bringen. Die Neue Linke der siebziger Jahre schloss hier in gewisser Weise an, fügte aber zwei Neuerungen hinzu: ein erweitertes Verständnis von Partizipation auf allen gesellschaftlichen Ebenen sowie die Annahme, dass sich das Bewusstsein und die Verhaltensweisen des Einzelnen durch Engagement in politischen Auseinandersetzungen verändern lasse – daher der konfrontative, auf Charakter- und Solidaritätsbildung zielende Stil vieler Aktionen.

Die radikaldemokratische Tradition der USA weist einige Merkmale auf, die sich auch im Kontext progressiv-emanzipatorischer Bewegungen in Europa finden. Die Herausforderungen, denen sich der »republikanische Sozialismus« (Matthias Lemke) der deutschen, französischen und britischen Tradition stellen musste und muss, sind ähnlich gelagert wie diejenigen, die Stears für die USA rekonstruiert. Auch wesentliche Grundorientierungen teilte man beiderseits des Atlantiks. Unbestritten ist zunächst der Anti-Totalitarismus der verschiedenen Strömungen, die hier in den Blick geraten. Die Frage nach der Umsetzbarkeit bestimmter Ziele führt in der Regel zur Herausbildung eines qualifizierten Politikbegriffs, der bestimmte Mittel von vornherein als nicht mit den Zielen einer demokratischen Gesellschaft vereinbar zurückweist. Hinzu kommt, dass sowohl in der radikaldemokratischen als auch der progressiv-emanzipatorischen Bewegung Diskussionen um Notwendigkeit, Ausmaß und Stellenwert einer pragmatischen Haltung und ›realistischen‹ Politik Legion sind. In der Bundesrepublik ist diese

Debatte infolge der Politik sozialdemokratischer Regierungen seit 1998 noch einmal intensiv aufgeführt worden. Angesichts der reichhaltigen Tradition dieses Themas irritiert(e) mitunter die Voraussehbarkeit der Argumente in diesem Stellungskrieg. Die Pragmatiker waren immer wieder damit beschäftigt, bestimmte politische Ziele als nicht machbar zu diskreditieren, während sie auf die Frage nach ihren Zielen stets nur hilflos auf das Machbare verweisen konnten. Die utopischen (manchmal auch traditionalistischen) Programmatiker suggerierten dagegen, die Realisierung der politischen Ideale werde sich quasi automatisch einstellen, wenn man diese Ideale nur schön rein hielte (obwohl ein erhöhter Reinheitsgrad politischer Ideale historisch bisher immer mit dem Bedeutungsverlust der jeweiligen Bewegung einherging). Marc Stears' Buch zeigt, wie unproduktiv es ist, beide Dimensionen als unverbundene, gegensätzliche Pole zu behandeln, wo es sich doch eher um die Brückenpfeiler handelt, zwischen denen eine progressiv-emanzipatorische Politik entsteht. Wer in irgendeiner Weise an den Debatten der letzten Jahre interessiert ist oder gar beteiligt war, der sollte etwas Zeit in die Lektüre von »Demanding Democracy« investieren. Dabei wird noch etwas anderes auffallen: Die radikaldemokratische Bewegung gründete immer in überzeugenden und mobilisierenden Analysen der jeweiligen Gegenwart. Dass politischer »Realismus« in den letzten Jahren zu einem Selbstzweck werden konnte, hat vielleicht auch damit zu tun, dass die Verbindungen zwischen engagierter Gesellschaftsanalyse auf der einen und politischen Reformprogrammen auf der anderen Seite verschwunden sind.

Timo Luks,
Technische Universität Chemnitz

JOHN GRAY:
Politik der Apokalypse – Wie Religion die Welt in die Krise stürzt
Stuttgart 2010
Klett-Cotta, 363 S.

John Gray untersucht im vorliegenden Werk die Bedeutung der Religion für den Menschen sowie die Auswirkungen religiöser Ideen und teleologischer Geschichtsinterpretationen auf das Handeln politischer Akteure und Entscheider. Er verfolgt keine atheistischen oder antireligiösen Ziele im engeren Sinne, sondern legt eine fundierte Analyse der Einflüsse religiösen Denkens auf politische Entscheidungen vor. Gray versteht Religion als ein menschliches Grundbedürfnis. Religiosität werden die Menschen immer bewahren, genauso wie sie sexuelle, spielerische und aggressionsbereite Triebe auszeichnen. Religion ist untrennbar mit dem Menschen verbunden und kann nicht einfach durch postmoderne Philosophen oder moderne wissenschaftliche Methoden »wegerklärt« werden.

Der Autor war bis zu seiner Emeritierung Professor für Europäische Ideengeschichte an der London School of Economics. Gray, der sich selbst gern als Skeptiker von der Art eines Michel de Montaigne sieht, hat in seiner aktiven Zeit einige wegweisende Veröffentlichungen vorgelegt, die zu Standardwerken der politischen Theorie zählen. Zunächst galt er als ein Vertreter der neoliberalen Schule, hat sich aber spätestens seit dem Irakkrieg 2003 als Kritiker neoliberaler Ideen etabliert. Im vorliegenden Band positioniert sich der Autor als Anhänger des politischen Realismus.

Das Buch lässt sich grob in zwei Hauptteile unterscheiden. Im ersten Teil widmet Gray sich ausführlich – vielleicht manchmal etwas zu ausführlich – der Entstehung einer apokalyptischen Weltanschauung und dem Utopismus. Utopisch ist aus seiner Sicht das Bemühen, Menschen zu verbessern und ein Leben ohne Neid, Konflikte und Kriege zu realisieren sowie eine Erlösung der Menschheit auf Erden herbeizuführen. Ein Ende der Ungerechtigkeiten ist und bleibt nach Gray utopisch und wird es nicht geben können – hier zeigt sich sein Hobbessches Menschenbild. Er bemüht zahlreiche historische Beispiele als Beleg für seine These von der Unmöglichkeit kollektiver Erlösung und Befreiung, sei es nun auf Erden oder in ferner Zukunft in einer Art himmlischem Reich. Der Glaube an Erlösung, so Gray, wurzelt im Frühchristentum, das die Rettung der Menschheit durch die Rückkehr Jesu verheißt. Folgt man dem Autor, sind die apokalyptischen Vorstellungen der Frühchristen und des von ihnen propagierte Millenarismus oder Chiliasmus die Wurzel allen Übels, auch oder gerade in der modernen Politik. Aufgrund der frühchristlichen Vorstellungen, Jesus kehre auf die Erde zurück, um die Menschen zu befreien und ein tausendjähriges Reich der Erlösung zu etablieren, entwickelte sich erst die Vorstellung, die Geschichte der Menschheit sei ein Prozess mit einem eindeutigen Endpunkt. Alle Revolutionen, vor allem die Französische Revolution von 1789, politischen Philosophien und extremen Ideologien, seien es nun die NS-Ideologie mit der Rassenlehre, der historische Materialismus, der Jakobinismus, der radikale Islam oder die Terrororganisation El-Kaida, basierten auf dieser frühchristlichen Erlösungsvorstellung. Auch »der Liberalismus ist ein direkter Abkömmling des Christentums und hat seine Militanz geerbt«, so eine der weiteren Thesen Grays. Er legt weiter dar, dass das Fundament des Neoliberalismus auf teleologischen Anschauungen basiert und somit zumindest ideengeschichtlich große Gemeinsamkeiten mit dem Gegenentwurf des Marxismus hat. Inhaltliche Gemeinsamkeiten sind natürlich kaum zu erkennen, jedoch aber große Übereinstimmungen im Denkstil.

Im zweiten Teil folgt dann eine kritische Betrachtung des Irak-Kriegs, eine Analyse der Bush-Administration mit der theokonservativen Machtbasis sowie der britischen Verstrickungen in den Konflikt unter Berücksichtigung der Erkenntnisse des ersten Teils. Kriege, so Gray, können nicht gerecht sein, wenn sie unnötig sind. Der Krieg gegen den Irak 2003 war unnötig und somit auch kein gerechter Krieg. So ganz nebenbei diskutiert Gray gekonnt die Vorstellungen

vom Ende der Geschichte und dem Kampf der Kulturen. Klar und nachvollziehbar enttarnt er ihre Unsinnigkeit und zeigt gleichzeitig, dass man die Einflüsse eines Francis Fukuyama oder Samuel Huntington auf die zeitgenössische amerikanische Ideologie unterschätzt habe. Der Kurswechsel Fukuyamas dient ihm als Beispiel dafür, wie unausgereift und schwierig das neokonservative Ideenbild ist. Ausgangspunkt des ungerechten Krieges waren neben den Mixturen dieses Ideenbildes die daraus resultierenden Ängste und Gefühle der Menschen sowie die erhabene Vorstellung, »dass die USA die beste – die vielleicht einzige wirkliche legitime – Staatsform besäßen, die es je gegeben habe (…)«. Unter diesem Aspekt skizziert Gray die Entstehung und Entwicklung der Neokonservativen als konkretes politisches Lager in den USA sowie als Ideengebäude. Er legt die Verstrickungen von Politik und Krieg für das neokonservative Netzwerk innerhalb der Bush-Administration offen und zeigt, was für eine wichtige Waffe Ideologie in diesem Weltbild darstellt. Für ihn ist »das neokonservative Denken eine Mixtur aus exzentrischer Realitätswahrnehmung und chiliastischen Phantastereien.«

Im Schlussteil offenbart sich Gray als leidenschaftlicher Verfechter des Realismus, da dieser die einzige Form sei, »über Tyrannei und Freiheit oder über Krieg und Frieden nachzudenken, bei der man sicher sein kann, dass sie nicht in einem Glaubenssystem gründet (…)«. Politischer Realismus sei die Idee gewesen, die den Nationalsozialismus besiegt habe und den Kommunismus zunächst einzuschränken verstand und schließlich zu seiner Überwindung beitrug. Er bezieht sich in seiner Argumentation auf den Urtext realitätsbezogenen Handelns, indem er Sunzis »Kunst des Krieges« einbringt und sich auf den italienischen Politiker, Diplomaten und Philosophen Niccolò Machiavelli beruft.

Gray führt den Leser im Schlussteil zu der Erkenntnis, dass sich keine Staats- oder Regierungsform durchsetzen werde. Es werde auch in Zukunft autoritäre und liberale Systeme geben, theokratische und säkulare Staaten würden nebeneinander existieren. Kein Wirtschaftssystem, keine Kultur, aber auch keine Staatsform werde sich durchsetzen. Es sei vielmehr an der Zeit, anzuerkennen, dass es eine kulturelle, religiöse und politische Vielfalt auf der Welt gebe. Die Aufgabe moderner Politik und verantwortlicher Akteure bestehe nun vielmehr darin, Strukturen zu schaffen, die eine friedliche Koexistenz der Menschen und ihrer verschiedenen Ideen ermöglichten.

Gray nimmt den Leser mit auf eine Reise durch die politische Ideengeschichte der westlichen Welt. Das Buch bietet eine fundierte Analyse der aktuellen Weltpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Bush-Regierung, des Liberalismus und des radikalen Islamismus. Besonders interessant sind seine Ausführungen zum Neoliberalismus und dem Islam. Hervorzuheben sind auch Erklärungen der einflussreichen politischen Strömungen und ihre Verstrickungen mit religiösen Ideen. Insgesamt ein Buch, das in Anbetracht der schwierigen Materie bewundernswert leicht und angenehm zu lesen ist.

Andreas Ploog,
Kiel

STEPHAN HENSELL:
Die Willkür des Staates: Herrschaft und Verwaltung in Osteuropa
Wiesbaden 2009
vs Verlag für Sozialwissenschaften, 256 S.

Stephan Hensell hat mit seiner Dissertation einen wegweisenden und gehaltvollen Beitrag zur Theorie und Empirie des postsozialistischen Staates vorgelegt, der ein soziologisches Verständnis des Staates propagiert und an den Fallstudien Georgien und Albanien verdeutlicht.

Seine umfassende Kritik an der politikwissenschaftlichen »Mainstream«-Transformationsforschung betrifft zu Recht die teleologischen und normativen Annahmen der zumeist auf Demokratisierung fokussierten Ansätze, ihre geringe historische Tiefenschärfe, die Vernachlässigung des Staates sowie die Beschränkung empirischer Studien auf die erfolgreichen Fälle in Ost- und Mitteleuropa. Trotz offensichtlicher Misserfolge in vielen postsozialistischen Staaten halten viele Autoren an der prinzipiellen Demokratisierungsperspektive fest und definieren Abweichungen als verminderte Formen der Demokratie. Sie klammern Fragen der politischen Ökonomie aus und beschränken sich auf den politischen Bereich. Der Staatsapparat, dessen Funktionieren stillschweigend vorausgesetzt wird, ist selten Gegenstand eigener Analysen. Dieser regionalen Selektivität und konzeptionellen Engführung möchte Stephan Hensell mit seiner Studie begegnen. Sein Ausgangspunkt ist eine Theorie der Modernisierung, welche die Herausbildung ausdifferenzierter Sphären mit eigenen Handlungslogiken als zentral ansieht. Er stützt sich auf das Weberianische Staatsverständnis mit den Idealtypen des rationalen Anstaltsstaates, der eine Trennung von Amt und Person sowie eine Binnendifferenzierung in einen politischen und einen bürokratischen Teil vorsieht, und des patrimonialen Staates, dessen Basis die fehlende Trennung von öffentlicher und privater Sphäre ist. Um die Prozesshaftigkeit und Kontinuitäten von Akteurspraktiken sowie die Hybridität von traditionalen und modernen Logiken zu erfassen, greift der Autor außerdem auf Pierre Bourdieus Theorie der Praxis mit den analytischen Kategorien Feld, Kapital und Habitus zurück. Hensell versteht den Staat als von habitualisierten Praktiken bestimmtes Handlungsfeld, in dem die Akteure ungleich mit ökonomischem, sozialem und kulturellem Kapital ausgestattet sind und versuchen, sich im Feld zu behaupten. Eine mögliche Form sind patrimoniale Praktiken, die sich durch die Nichtbeachtung der Grenzen zwischen formalen und informalen sowie legalen und illegalen Sphären auszeichnen. Öffentliche Ämter werden primär als Möglichkeit der Vorteilsnahme und Vorteilsgewährung zum Zwecke des persönlichen Gewinns betrachtet. Patrimoniale Praktiken differenziert Hensell weiter in die Rolle von so genannten »Big Men«, des Klientelismus und der ökonomischen Aneignung.

Da der Autor Strukturen langer Dauer als Grund für die Persistenz (neo-) patrimonialen staatlichen Handelns sieht, vervollständigt er den theoretischen

Rahmen durch eine verdichtete Darstellung der Strukturgeschichte des Staates in Mittel- und Osteuropa, in der er dessen Entwicklungslinien und die Herausbildung des staatlichen Feldes mit spezifischen Praxisformen erläutert. Bei der Darstellung der Kontinuitäten und Diskontinuitäten liegt der Schwerpunkt auf der sozialistischen Phase und der Herausbildung eines patrimonialen Sozialismus. Besonders stark sind patrimoniale Züge dort, wo die vorsozialistischen Gesellschaften nur einen partiellen Modernisierungsschub erlebten bzw. der Sozialismus der eigentliche Modus der Modernisierung war, zugleich aber viele traditionale Elemente bewahrte und sich damit als patrimonial begreifen lässt. Nach dem Ende des Sozialismus führte Elitenkontinuität zur Fortsetzung habitualisierter Praktiken. Transformation ist daher als pfadabhängige Patrimonialisierung zu begreifen, welche die Personalisierung der staatlichen Führung, die Expansion klientelistischer Netzwerke und die Kriminalisierung des Staates umfasst. Aufgrund des etablierten bürokratischen Feldes und der infrastrukturellen Macht bezeichnet Hensell den neuen Staat als bürokratisch-patrimonial. Die Transformation postsozialistischer Staaten führte zu steigender Heterogenität der Entwicklungspfade. Trotz der Unterschiedlichkeit regionaler Kontexte und Entwicklungslinien sieht Hensell Strukturähnlichkeiten zwischen dem Kaukasus/Zentralasien und Südeuropa.

Mit den Fallstudien Albanien und Georgien vollzieht der Autor einen Wechsel von der Makro- zur Mikroperspektive der staatlichen Transformation. Die Fallstudien haben weitgehend exemplifizierenden und plausibilisierenden Charakter und basieren auf qualitativer Forschung in den beiden Ländern. Einer knappen Darstellung der staatlichen Transformation folgt jeweils eine detaillierte Analyse der Entwicklung der Polizeiapparate, die sich auf die innere Funktionsweise der jeweiligen Bürokratie konzentriert. Beide Staaten hatten bereits im Sozialismus starke patrimoniale Züge, und diese Praktiken setzten sich nach dem formalen Systemwechsel fort. Trotz unterschiedlicher Regierungsformen (Präsidialregime in Georgien und parlamentarisches System in Albanien) ist das staatliche Feld jeweils von Big Men dominiert, die als oberste Patrone extensiver Klientelnetzwerke fungieren, allerdings kein autoritäres Regime etablierten. Ökonomische und politische Macht sind verschränkt, die politische Klasse ist zum Teil kriminalisiert. In beiden Staaten sind die Polizeiapparate von sozialistischen Erbschaften geprägt und wurden nur unzureichend reformiert. Der Innenminister spielt eine zentrale Rolle und tritt als oberster Patron auf. Die klientelistischen Praktiken zeigen sich bei der Personalrekrutierung, bei der soziales Kapital weitaus wichtiger ist als kulturelles Kapital in Form von formaler Ausbildung. Ämterpatronage und Ämterkauf sowie private Aneignung von (informellen) Einkommen sind weit verbreitet. Eng damit verbunden ist die Einbindung der Polizei in die informelle Ökonomie und die Verzahnung mit dem organisierten Verbrechen. Sowohl in Georgien als auch in Albanien resultiert dies in einer geringen Leistungsfähigkeit der Polizeiapparate bei der Strafverfolgung. In beiden Fällen

ist die internationale Dimension relevant: bei der (informellen) Finanzierung von Georgiens Involvierung in Sezessionskonflikte und bei den institutionellen Reformen, bei denen internationale Akteure eine wichtige Rolle spielen. Die Fallkontrastierung zeigt, dass Georgien deutlichere patrimoniale Züge trägt. Hier kam die Patrimonialisierung aus dem Polizeiapparat selbst, während sie in Albanien stärker durch das politische Feld angestoßen wurde. In beiden Fällen hatte die Polizei jedoch keine politischen Ambitionen und wurde auch nicht gegen die politische Opposition eingesetzt.

Stephan Hensells Dissertation ist ein sehr gut lesbares Buch; der Autor verwendet eine klare und präzise Sprache, ohne in unnötigen Fachjargon zu verfallen. Die Hauptstärke des Buches liegt im konzeptionellen Bereich. Während in vielen Studien der Aspekt der Pfadabhängigkeit nebulös bleibt, weil die Mechanismen der Kontinuität unklar bleiben, schließt Hensell diese Lücke mithilfe von Bourdieus Theorie der Praxis, die habitualisierte Praktiken, die formale Umwälzungen überdauern, in das Zentrum der Betrachtung rückt. Hensell leistet damit einen interessanten Beitrag zur Theoriebildung, der weiteren empirischen Studien als Ausgangspunkt dienen kann. Seine Fallstudien überwinden durch den interregionalen Vergleich die gängige Engführung zahlreicher Regionalforscher.

Der neo-institutionalistische Ansatz, der auch einen Beitrag zur Erklärung pfadabhängiger Entwicklung geleistet hat, bleibt indes außen vor, obwohl er – so meine These – gut mit Bourdieus Theorie der Praxis hätte verbunden werden können. In den Fallstudien hebt der Autor die internationale Dimension hervor, d. h. den Einfluss externer Akteure wie multilateraler Organisationen, Einzelstaaten und Geldgeber; im systematischen Teil der Arbeit fehlt dieser Faktor jedoch.

Obwohl der Begriff der »Willkür« im Titel des Buches auftaucht, bleibt er in konzeptioneller Hinsicht ungeklärt. Hier hätte eine Analyse, wann Akteure einer formalen und wann einer informellen Handlungslogik folgen, aufschlussreich sein können. Die Relevanz formaler Regeln und Praktiken kommt – wie der Autor selbst anmerkt – zu kurz. Damit bleiben auch die Hybridität und das permanente Verschwimmen der beiden Handlungsmuster und die daraus entstehenden Unsicherheiten – vermutlich ein Grund staatlicher Willkür – unklar.

Neben der konzeptionellen Klarheit gehört Hensells umfangreiche Feldforschung in einem schwierigen Feld zu den besonderen Verdiensten der Arbeit. Hierüber bleibt der Autor jedoch methodische Informationen schuldig. Er informiert nicht ausreichend über seine »Türöffner« und darüber, wie er sich selbst und sein Vorhaben den Interviewpartnern präsentiert hat. Die eigene Rolle im Feld wird nicht hinreichend reflektiert.

Kerstin Zimmer,
Universität Kassel